

Juni 2020

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Covid 19: Jeder Vierte hat Angst vor Infektion	2
Corona-Warn-App bleibt umstritten	3
Mehrheit unterstützt Corona-Lockerungen	4
55 Prozent für einheitliches Vorgehen bei Corona-Lockerungen	5
Wirtschaftlichen Stimmung hellt sich gegenüber Vormonat etwas auf	6
Zu viel Aufmerksamkeit für Fußball und Autoindustrie, zu wenig für Kitas und Schulen	8
Konjunkturpaket: Ja zum Familienbonus, Nein zur staatlichen Autokaufförderung	9
Weiterhin Mehrheit mit Bundesregierung zufrieden	11
Politikerzufriedenheit: Hohe Unterstützungswerte für Koalitionsspitzen	12
Kaum Veränderungen in der Sonntagsfrage	13
Studieninformation.....	15

Zusammenfassung

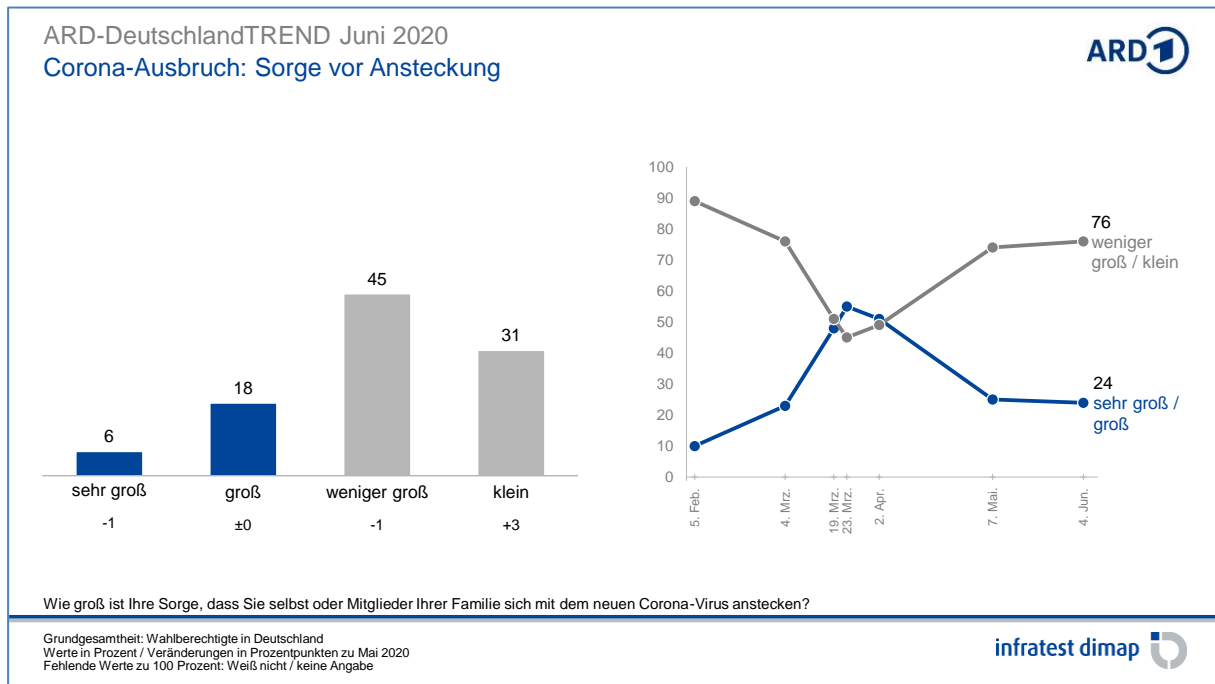
Auf die rückläufigen Infektionszahlen hat die Politik in Deutschland erstmals Ende April mit der Rücknahme von Beschränkungen im Alltag reagiert. Für 56 Prozent der Wahlberechtigten ist der Umfang der Lockerungen in Deutschland angemessen. Drei von zehn empfinden die unternommenen Lockerungsmaßnahmen dagegen bereits als zu weitgehend. Nur 13 Prozent gehen die Alltagserleichterungen nicht weit genug. Während der Normalisierungskurs der letzten Wochen alles in allem Unterstützung findet, stößt das unterschiedliche Vorgehen der Bundesländer eher auf Skepsis: So sollten nach Ansicht von 55 Prozent die Bundesländer einheitlich handeln. Immerhin 45 Prozent empfinden es allerdings durchaus als richtig, dass jedes Bundesland für sich entscheidet, wie und wann es Lockerungen vornimmt.

Langsam sichtbar werden die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und des Lockdowns. Vor dem Hintergrund sinkender Infektionszahlen und fortgesetzter Lockerungen von Alltagseinschränkungen hellt sich kurzfristig die wirtschaftliche Stimmung der Deutschen allerdings erst einmal wieder auf. Nach 32 Prozent im Vormonat bewerten aktuell 40 Prozent die wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv. Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie hat die Politik umfangreiche Hilfen gegeben und stellt auch weitere in Aussicht. Aus Sicht der Bundesbürger finden allerdings nicht alle gesellschaftlichen Interessen gleichermaßen Berücksichtigung. Defizite werden insbesondere im Schul- und Bildungsbereich identifiziert: Fünf von zehn vertreten die Meinung, die Politik habe sich um die Belange von Kindergärten und Schulen in der Corona-Krise zu wenig gekümmert. Demgegenüber wirkt die Aufmerksamkeit der Politik speziell für die Belange der deutschen Automobilbranche, noch mehr aber für die Interessen des Profi-Fußballs auf viele Bürger in der Krise übertrieben. Breite gesellschaftliche Interessen zu integrieren gilt es nicht zuletzt beim milliardenschweren Konjunkturpaket, auf das sich die Bundesregierung am späten Mittwochabend verständigt hat. Die letztlich von Schwarz-Rot angenommene Idee, an Familien einmalig mehrere hundert Euro pro Kind auszuzahlen, weist nach Ansicht von 59 Prozent in die richtige Richtung. 35 Prozent betrachten einen solchen Familienbonus als falsch. Dem Vorschlag einer neuen staatlichen Autokaufprämie standen die Deutschen dagegen von vornherein kritischer gegenüber. 55 Prozent sprachen sich vor dem Koalitionsgipfel grundsätzlich dagegen aus. Die am Ende vom Kabinett beschlossene Beschränkung einer staatlichen Kaufförderung auf E-Autos unterstützten 18 Prozent. 19 Prozent hätten sich eine gleich hohe Kaufprämie für alle Motortypen gewünscht, weitere 6 Prozent eine niedrige Kaufprämie auch für Verbrenner.

Akzeptanz und Erfolg des neuen Konjunkturpakets werden die Wahrnehmung der schwarz-roten Bundesregierung in den kommenden Monaten wesentlich prägen. Bislang konnte das Kabinett in der Corona-Krise überzeugen. Kaum verändert zum Vormonat bewertet mit 62 Prozent auch im Juni die Mehrzahl der Wahlberechtigten die Berliner Regierungsarbeit wohlwollend. Die alles in allem stabile Bewertung von Bundesregierung, aber auch der Koalitionsspitzen geht einher mit insgesamt marginalen Veränderungen in der Sonntagsfrage. CDU/CSU und SPD schneiden mit 38 Prozent bzw. 15 Prozent (jeweils -1) ähnlich ab wie im Vormonat. Die Grünen liegen mit 19 Prozent (+1) etwas besser als im Mai. Die AfD könnte unverändert mit einem Wähleranteil von 9 Prozent rechnen, die Linke mit 8 Prozent (+/-0). Die FDP hätte 6 Prozent in Aussicht (+1).

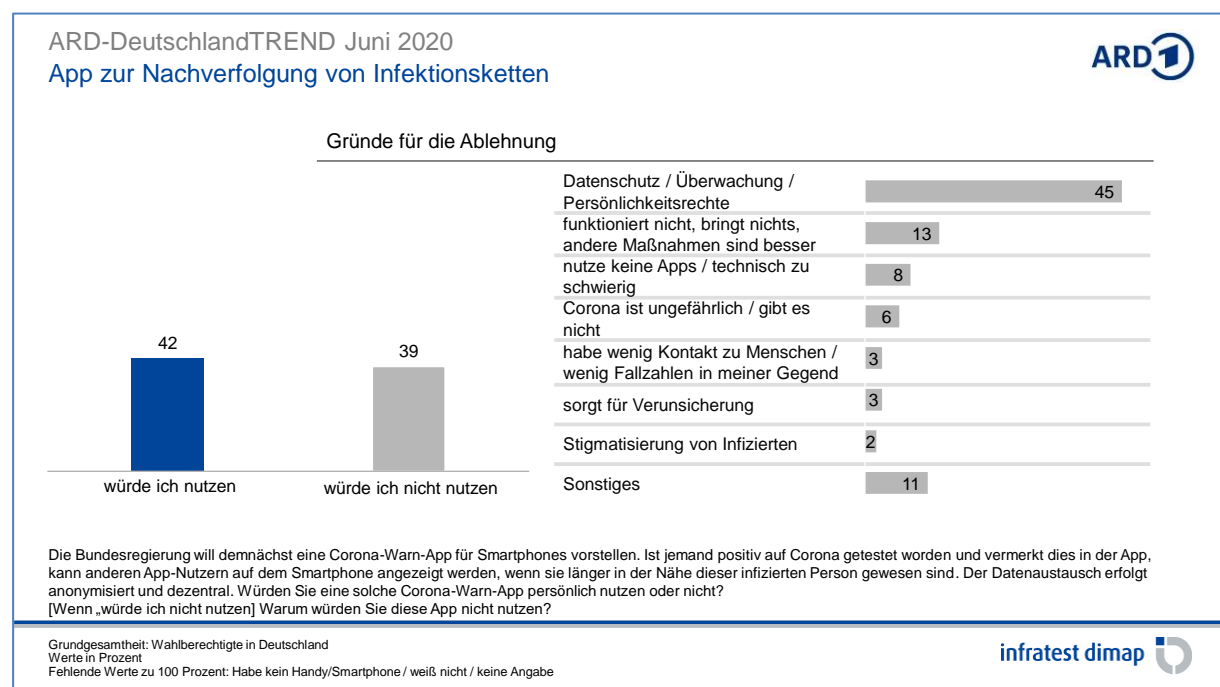
Covid 19: Jeder Vierte hat Angst vor Infektion

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen ist in Deutschland weiterhin rückläufig. Die Infektionsangst der Bevölkerung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau. Ähnlich wie vor einem Monat ist aktuell jeder vierte Bundesbürger (24 Prozent; -1) in Sorge, dass er sich selbst bzw. Familienangehörige mit dem Corona-Virus anstecken könnten. Vor gut zwei Monaten waren mit 55 Prozent mehr als doppelt so viele besorgt.



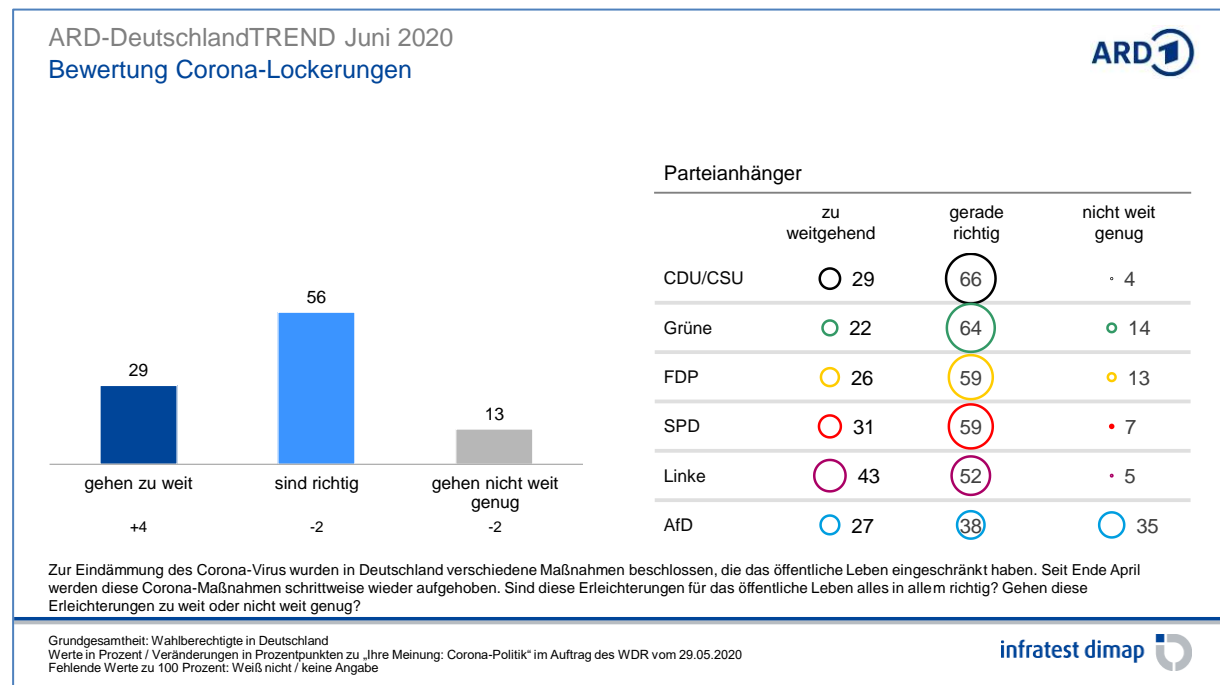
Corona-Warn-App bleibt umstritten

Hoffnungen für eine bessere Kontrolle des Corona-Infektionsgeschehens werden weiterhin in technische Lösungen wie einer Smarthome-App gesetzt. Noch im Juni soll auch in Deutschland eine offizielle Tracing App mit anonymem und dezentralem Datenaustausch veröffentlicht werden. Unter den Wahlberechtigten bleibt die Corona-Warn-App umstritten: Vier von zehn (42 Prozent) zeigen sich interessiert und würden sie nutzen, etwa ebenso (39 Prozent) viele äußern sich ablehnend. Für jeden sechsten Bundesbürger – darunter vor allem ältere Deutsche – stellt sich die Frage aktuell nicht, da sie kein Smartphone nutzen. Knackpunkt für die Akzeptanz der App bleibt der Datenschutz. Entsprechende Zweifel werden von den Gegnern einer Warn App am häufigsten angeführt.



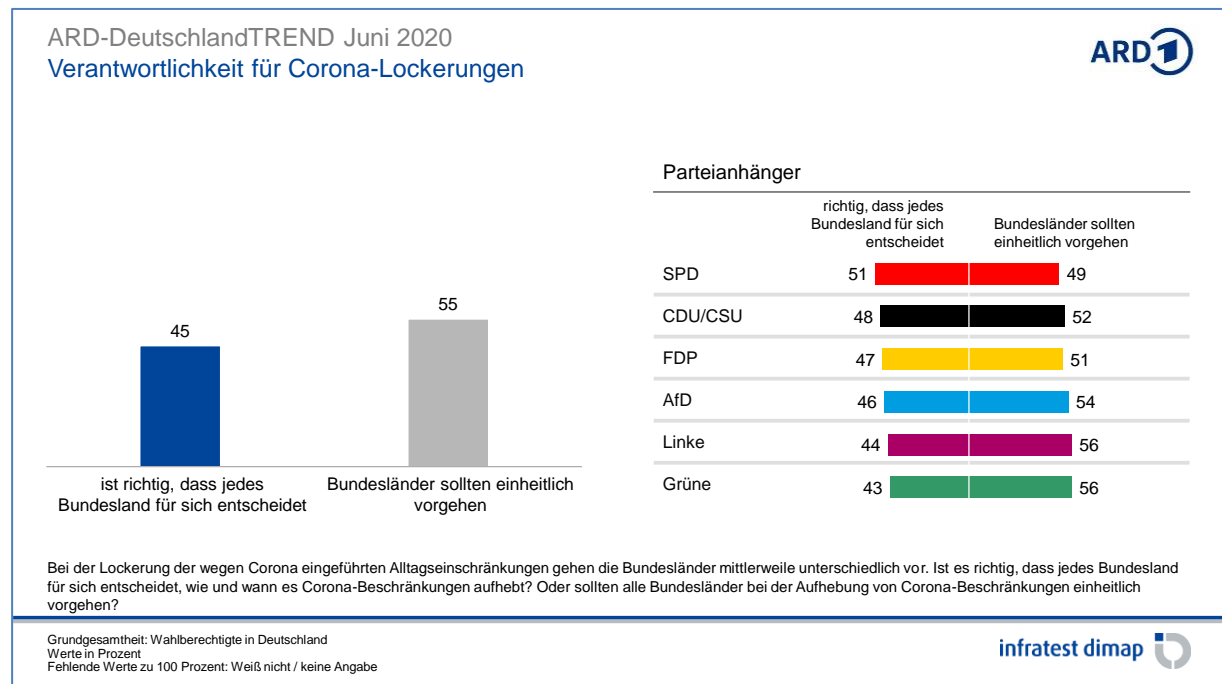
Mehrheit unterstützt Corona-Lockerungen

Auf die rückläufigen Infektionszahlen hat die Politik in Deutschland bereits Ende April mit der Rücknahme bestehender Alltagsbeschränkungen reagiert. Für 56 Prozent der Wahlberechtigten ist der bisherige Umfang der Lockerungen richtig. Drei von zehn (29 Prozent) empfinden die begonnenen Normalisierungen dagegen bereits als zu weitgehend. Ungeachtet einzelner Proteste gegen Corona-Restriktionen gehen aktuell für nur 13 Prozent der Wahlberechtigten die bisherigen Kursänderungen nicht weit genug. Unterstützung für das bisherige Normalisierungstempo findet sich insbesondere bei den Anhängern von CDU/CSU (66 Prozent) und Grünen (64 Prozent), am wenigsten dagegen in den Reihen der AfD (38 Prozent). Im Vergleich zur Vorwoche hat sich die Haltung der Bürger zu den Lockerungen nur unwesentlich geändert. Allerdings ist mit dem langen Pfingstweekenende die Zahl derer, die eine zu weitgehende Normalisierung beklagen, leicht gewachsen.



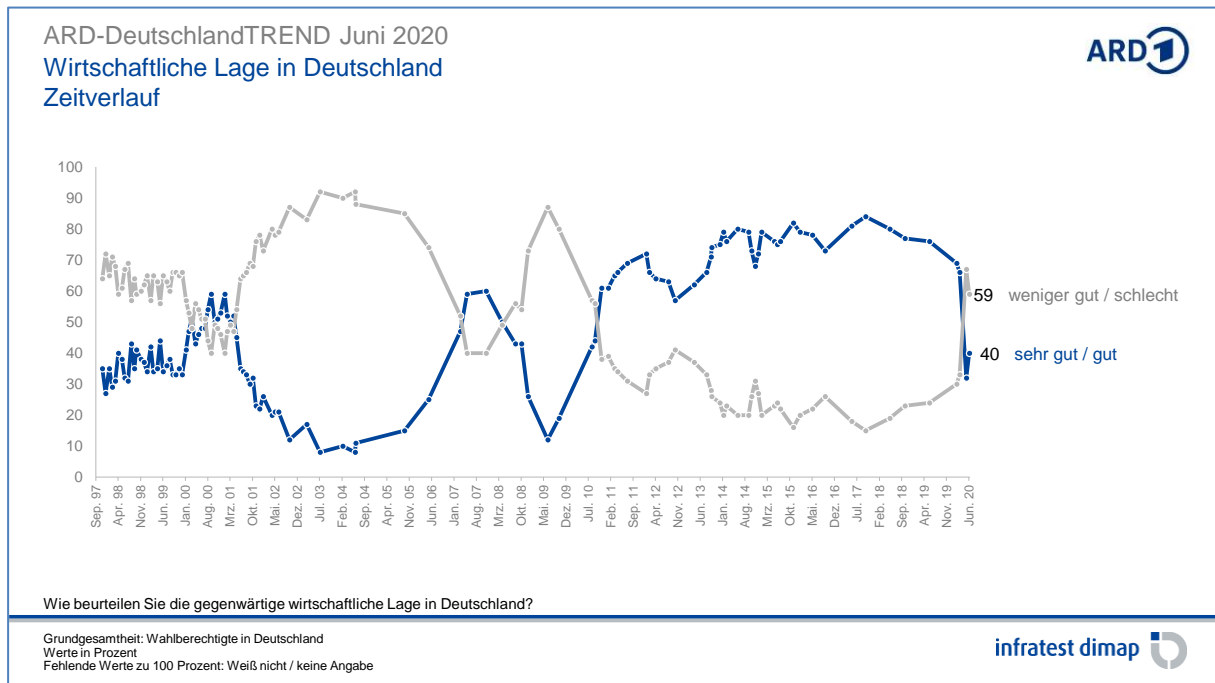
55 Prozent für einheitliches Vorgehen bei Corona-Lockerungen

Während der Normalisierungskurs der letzten Wochen alles in allem Unterstützung findet, stößt das unterschiedliche Vorgehen der Bundesländer eher auf Skepsis: So sollten nach Ansicht von 55 Prozent die Bundesländer bei der Lockerung von Corona-Maßnahmen einheitlich handeln. Immerhin 45 Prozent empfinden es allerdings durchaus als richtig, dass jedes Bundesland für sich entscheidet, wie und wann es Lockerungen vornimmt. Für deutschlandweit einheitliche Normalisierungsschritte machen sich insbesondere die Anhänger von Linken und Grünen (jeweils 56 Prozent) stark.

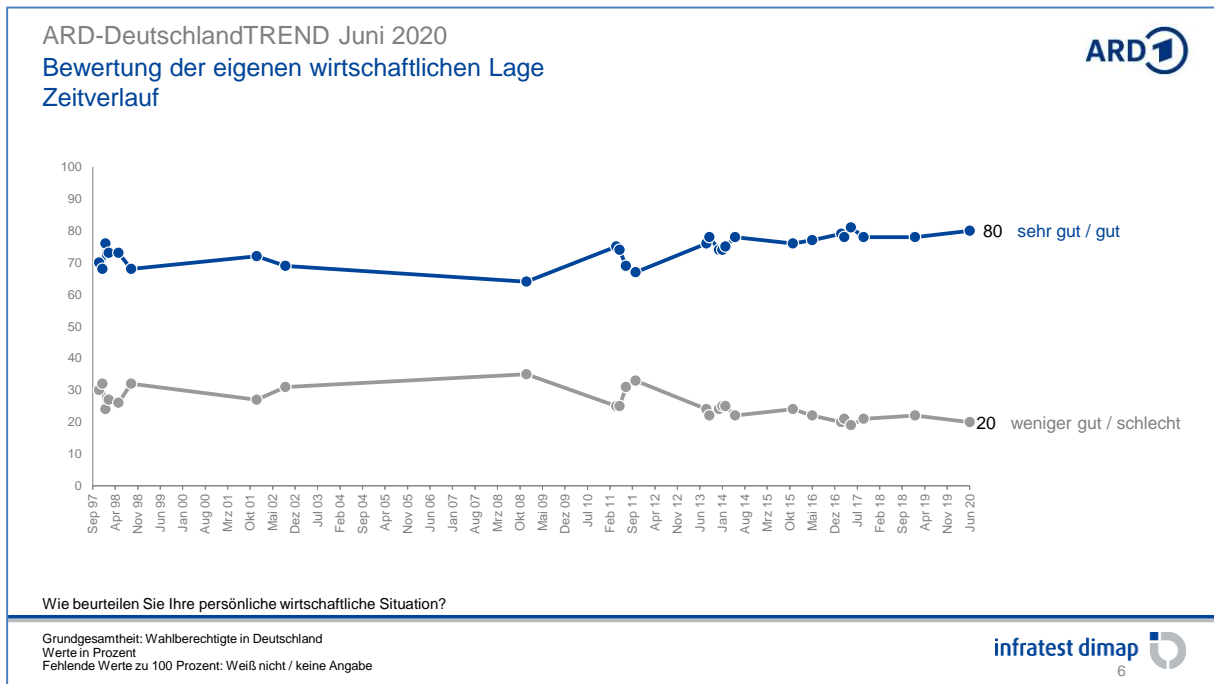


Wirtschaftlichen Stimmung hellt sich gegenüber Vormonat etwas auf

Langsam sichtbar werden die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und des damit verbundenen Lockdowns. So ist in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen im Mai von 2,6 auf 2,8 Mio. gestiegen. Vor dem Hintergrund sinkender Infektionszahlen und fortgesetzter Lockerungen von Alltagseinschränkungen hat sich kurzfristig die wirtschaftliche Stimmung der Deutschen allerdings erst einmal wieder aufgehellt. Nach 32 Prozent im Vormonat bewerten aktuell 40 Prozent der Bundesbürger die wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv. Von 67 Prozent auf 59 Prozent zurückgegangen ist im gleichen Zeitraum die Zahl derer, die zu einem kritischen Urteil gelangen. Die mehrheitlich wohlwollende Sicht auf die deutsche Wirtschaft, die unmittelbar vor dem Lockdown im März bestand, ist damit jedoch nicht wieder zurückgekehrt. Noch Anfang März hatten sich zwei Drittel der Deutschen zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland gezeigt.

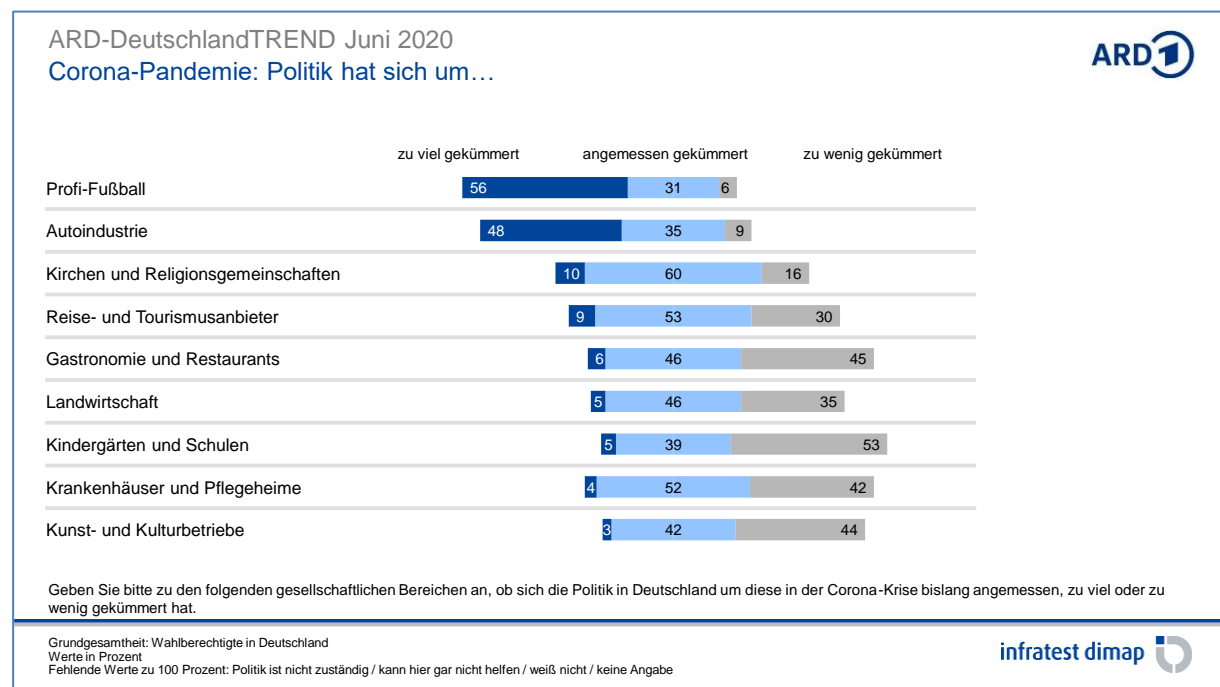


Deutlich positiver als die aktuelle volkswirtschaftliche Gesamtlage betrachten die Deutschen nach wie vor ihre persönlichen wirtschaftlichen Lebensumstände. Trotz Corona bezeichnen ähnlich wie zu Beginn des letzten Jahres 80 Prozent ihre momentane wirtschaftliche Situation als gut bzw. sehr gut, jeder Fünfte als weniger gut bzw. schlecht. Allerdings unterscheidet sich die Bewertung der eigenen Lebensumstände auch in Corona-Zeiten deutlich in Abhängigkeit vom Einkommen. Bezieher niedriger Einkommen sind mit 49 Prozent fast viermal häufiger mit der eigenen wirtschaftlichen Situation unzufrieden als Bezieher höherer Einkommen.



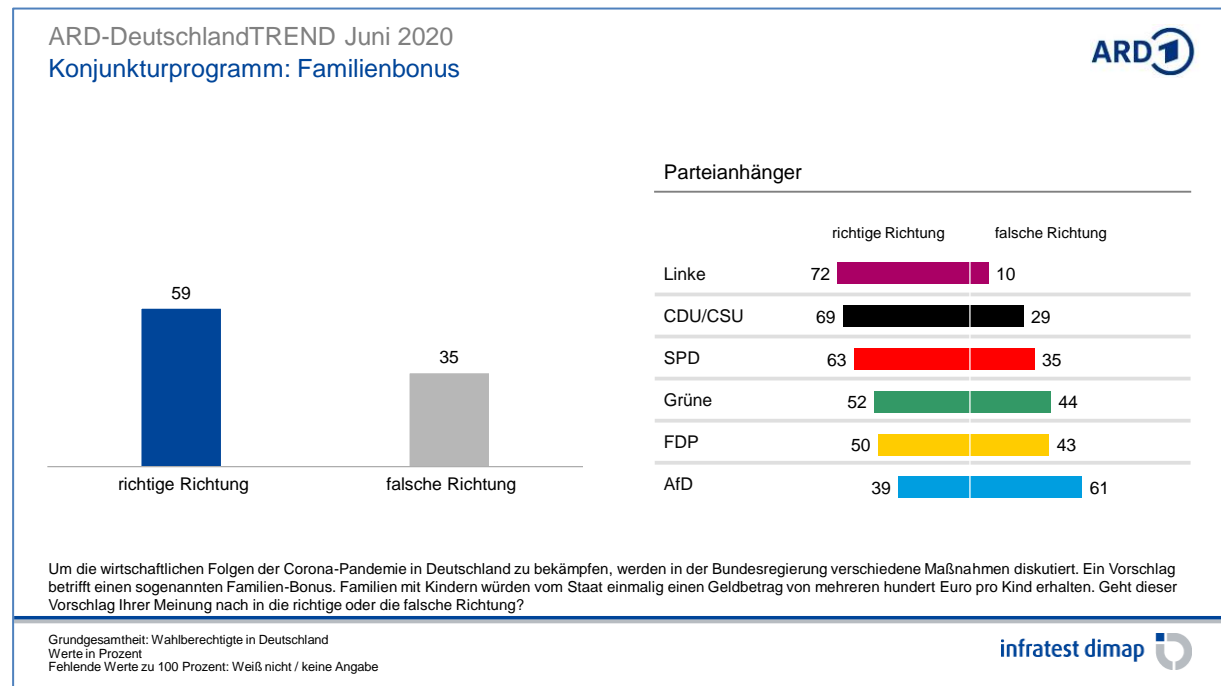
Zu viel Aufmerksamkeit für Fußball und Autoindustrie, zu wenig für Kitas und Schulen

Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie hat die Politik umfangreiche Hilfen gegeben und stellt auch weitere Unterstützung in Aussicht. Aus Sicht der Bundesbürger finden in der Corona-Krise allerdings nicht alle gesellschaftlichen Interessen und Bereiche gleichermaßen Berücksichtigung. Defizite werden insbesondere im Schul- und Bildungsbereich identifiziert: Fünf von zehn (53 Prozent) vertreten die Meinung, die Politik habe sich um die Belange von Kindergärten und Schulen in der Corona-Krise zu wenig gekümmert. Jeweils gut vier von zehn sehen politische Handlungsschwächen auch für die Gastronomie (45 Prozent) und Kunst- und Kulturbetriebe (44 Prozent) sowie für Krankenhäuser und Pflegeheime (42 Prozent). Ein alles in allem angemessenes Engagement der Politik konstatieren die Deutschen am ehesten für Reise- und Tourismusanbieter (53 Prozent) sowie für Kirchen und Religionsgemeinschaften (60 Prozent). Demgegenüber wirkt die Aufmerksamkeit der Politik speziell für die Krisenbelange der deutschen Automobilbranche (48 Prozent), noch mehr aber für die Interessen des Profi-Fußballs (56 Prozent) auf viele Bundesbürger übertrieben.

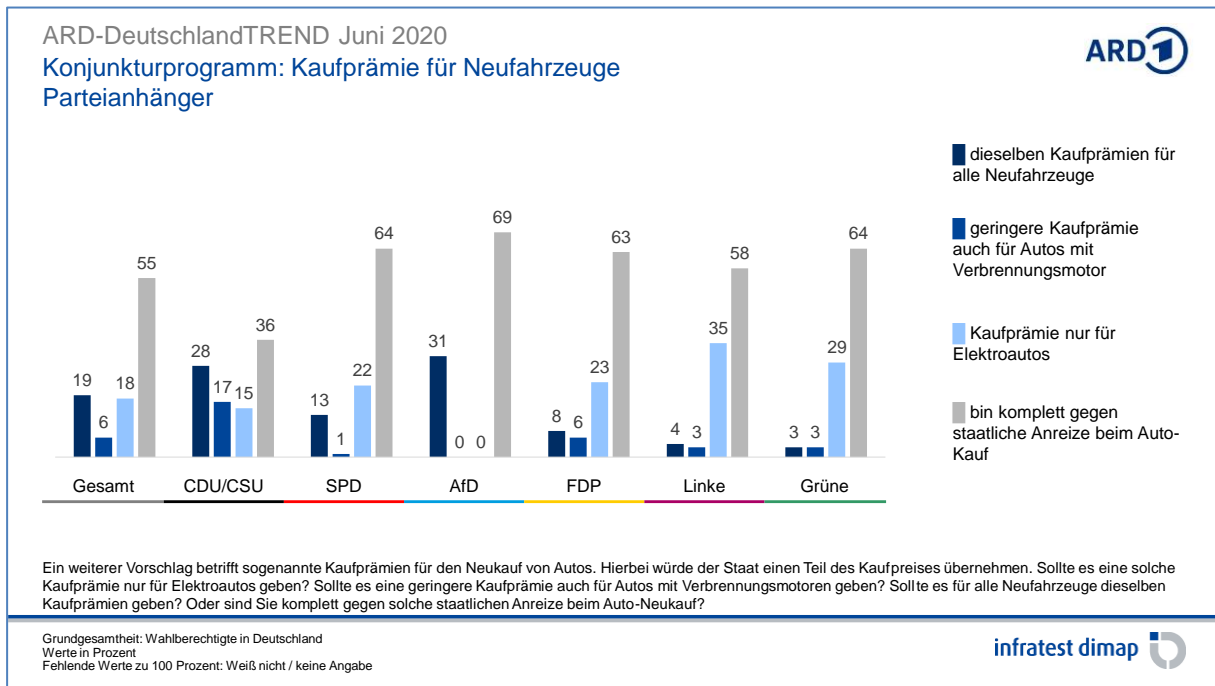


Konjunkturpaket: Ja zum Familienbonus, Nein zur staatlichen Autokaufförderung

Breite gesellschaftliche Interessen zu integrieren gilt es nicht zuletzt beim milliardenschweren Konjunkturpaket, auf das sich die Bundesregierung am späten Mittwochabend verständigt hat. Gestritten wurde zwischen den Koalitionspartnern unter anderem über einen Familienbonus sowie eine Auto-Kaufprämie. Die letztlich von Schwarz-Rot angenommene Idee, an Familien einmalig mehrere hundert Euro pro Kind auszuzahlen, weist nach Ansicht von 59 Prozent der Bundesbürger in die richtige Richtung. 35 Prozent betrachten einen solchen Familienbonus als falschen Weg.

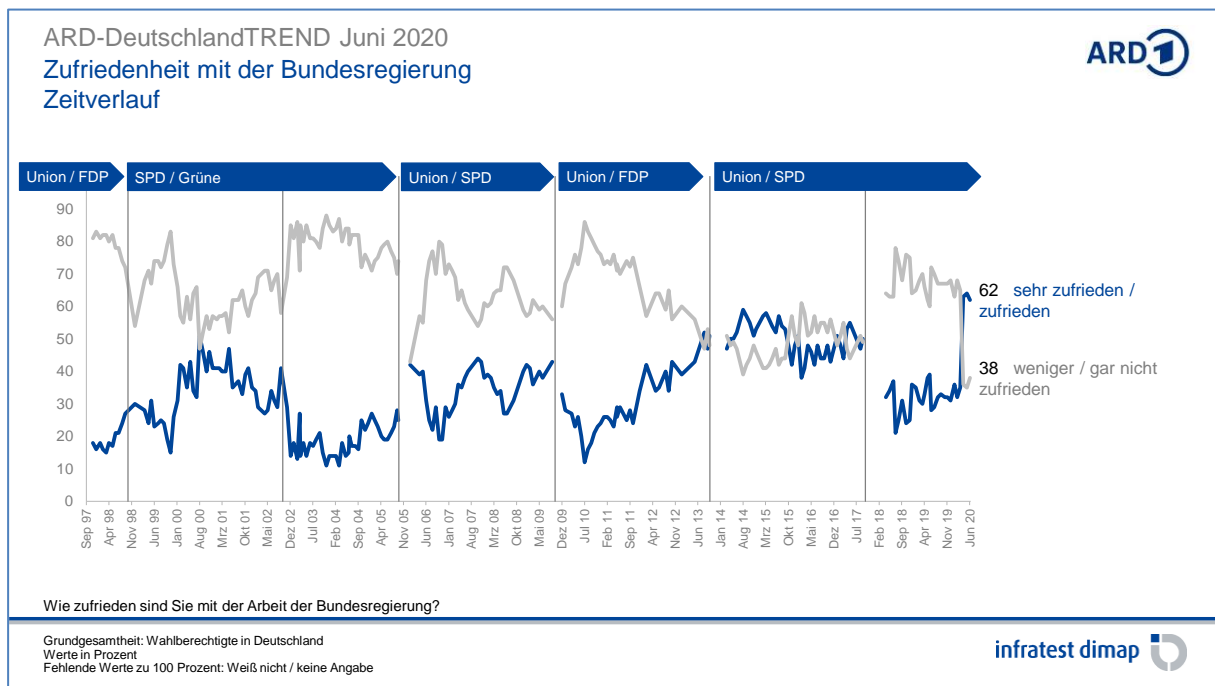


Dem Vorschlag einer neuen staatlichen Autokaufprämie standen die Deutschen dagegen von vornherein kritischer gegenüber. 55 Prozent sprachen sich vor dem Koalitionsgipfel grundsätzlich dagegen aus. Die am Ende vom Kabinett beschlossene Beschränkung einer staatlichen Kaufförderung auf E-Autos unterstützten 18 Prozent. 19 Prozent hätten sich eine gleich hohe Kaufprämie für alle Motortypen gewünscht, weitere 6 Prozent eine niedrige Kaufprämie auch für Verbrenner.



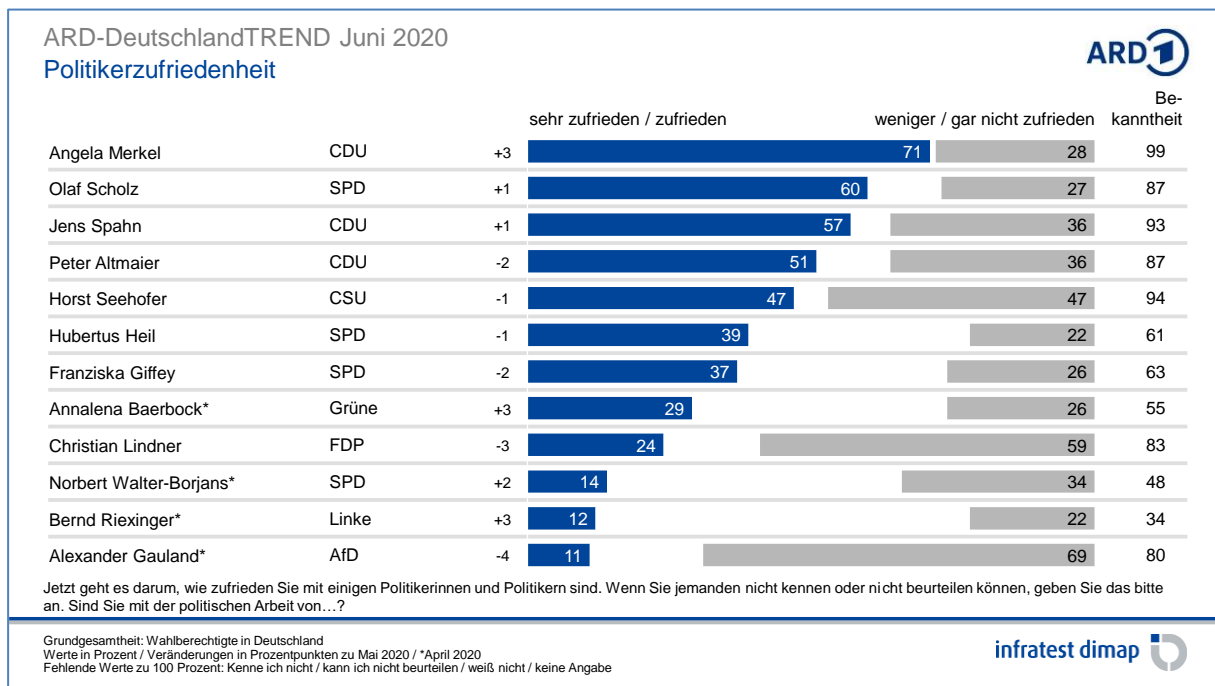
Weiterhin Mehrheit mit Bundesregierung zufrieden

Akzeptanz und Erfolg des neuen Konjunkturpakets werden die Wahrnehmung der schwarz-roten Bundesregierung in den kommenden Monaten wesentlich prägen. Bislang konnte das Kabinett in der Corona-Krise überzeugen. Kaum verändert zum Vormonat bewertet mit 62 Prozent (-2) auch im Juni die Mehrzahl der Wahlberechtigten die Berliner Regierungsarbeit wohlwollend. Außerhalb der eigenen Reihen erhält Schwarz-Rot Unterstützung von den Anhängern der Grünen (72 Prozent) und der FDP (66 Prozent). Die Linken-Anhänger sind in ihrem Urteil gespalten (51:49 Prozent). Die AfD-Anhänger üben massive Kritik (11:89 Prozent).



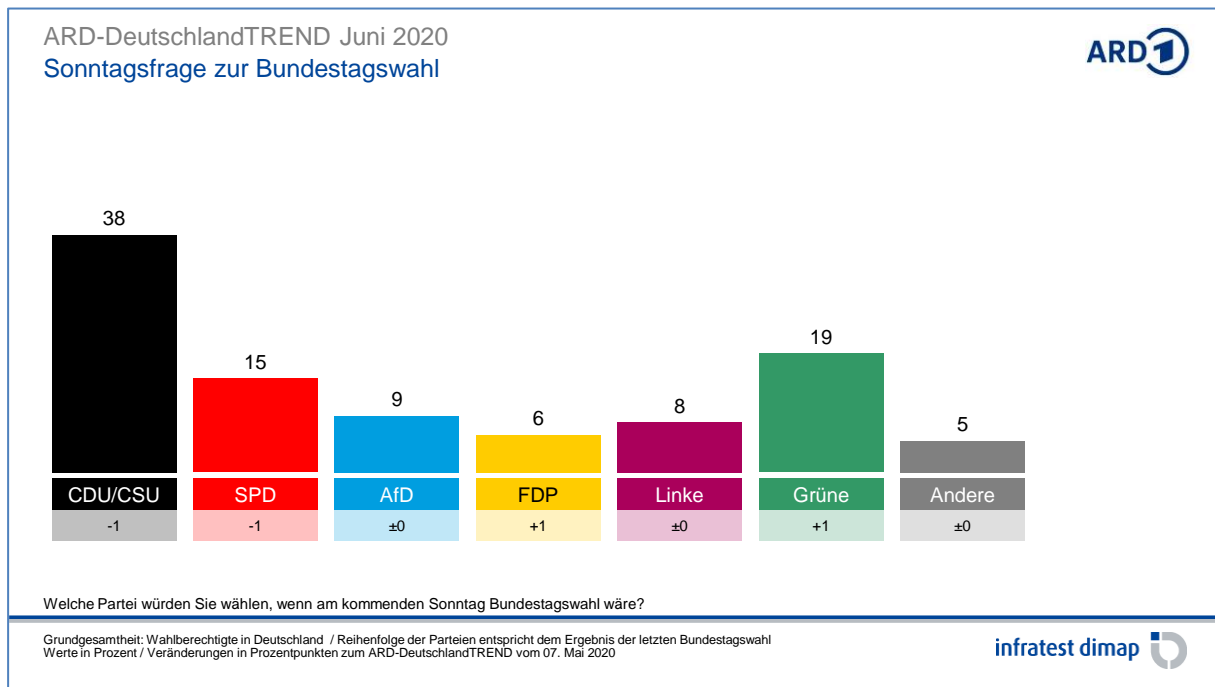
Politikerzufriedenheit: Hohe Unterstützungswerte für Koalitionsspitzen

Das Vertrauen in die Bundesregierung geht weiterhin mit hohen Unterstützungswerten für Berliner Kabinettsmitglieder einher. Angela Merkel erhält mit 71 Prozent (+3) den höchsten Zuspruch seit April 2015. Olaf Scholz (60 Prozent; +1) und Jens Spahn (57 Prozent; +1) erleben eine ähnlich hohe Unterstützung wie im Vormonat. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (51 Prozent; -2), Innenminister Horst Seehofer (47 Prozent; -1), Arbeitsminister Hubertus Heil (39 Prozent; -1) und Familienministerin Franziska Giffey (37 Prozent; -2) bleiben nur leicht hinter ihren Bestwerten vom Mai zurück.



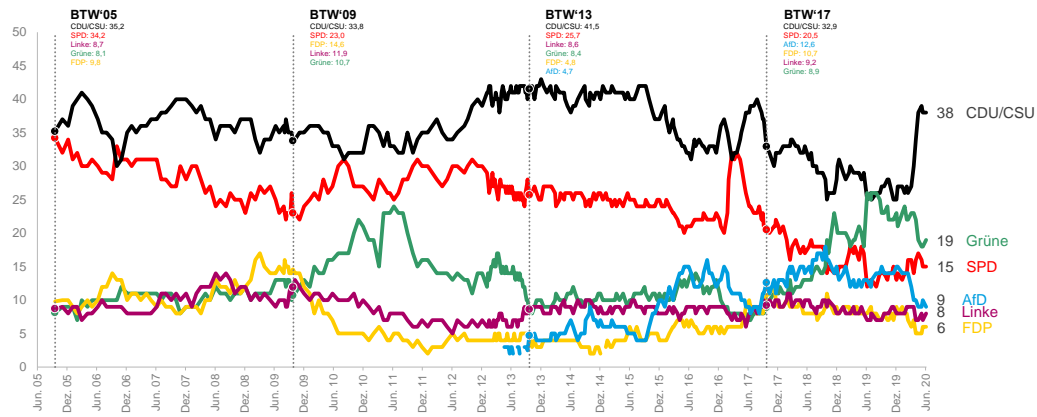
Die Oppositionsspitzen tun sich gegenwärtig weiter schwer. Am vergleichsweise populärsten ist Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock, mit deren Arbeit drei von zehn zufrieden sind (29 Prozent; +3 zu April). FDP-Vorsitzender Christian Lindner wird von 24 Prozent (-3) positiv bewertet, der niedrigste Wert für ihn seit Januar 2015. Zum SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans äußern sich 14 Prozent (+2 zu April) zustimmend. Nach wie vor traut sich die Hälfte zu seiner Arbeit kein Urteil zu. Schlusslichter bilden Linken-Parteichef Bernd Riexinger (12 Prozent; +3 zu April) und AfD-Fraktionsvorsitzender Alexander Gauland (11 Prozent; -4 zu April).

Kaum Veränderungen in der Sonntagsfrage



Die alles in allem stabile Bewertung von Bundesregierung und Koalitionsspitzen geht einher mit insgesamt nur marginalen Veränderungen in der Sonntagsfrage. Die CDU/CSU käme bei einer Bundestagswahl aktuell auf 38 Prozent, sie liegt damit ähnlich wie im Vormonat (-1). Die SPD hätte kaum verändert zu Anfang Mai 15 Prozent (-1) in Aussicht. Damit könnte die amtierende Koalition wie im Vormonat mit einer deutlichen Mehrheit rechnen. Die Grünen würden 19 Prozent erzielen und schneiden damit etwas besser ab als im Mai (+1). Die AfD käme auf 9 Prozent, die Linke auf 8 Prozent (+/-0). Die FDP hätte 6 Prozent in Aussicht (+1).

ARD-DeutschlandTREND Juni 2020
Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD–DeutschlandTREND Juni 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.005 Befragte Sonntagsfrage: 1.505 Befragte Wirtschaftliche Lage, persönliche wirtschaftliche Lage, Familien- Bonus, Autokauf-Prämie: 500 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	02. Juni bis 03. Juni 2020	
Schwankungsbreite	1.000 Befragte: 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3